

DER ERSTE WELTKRIEG IN OSTMITTELEUROPA. EINE ZÄSUR IN TRANSNATIONALISIERUNGSPROZESSEN?

Die Projektgruppe „Ostmitteleuropa Transnational“ am GWZO Leipzig hat sich mit dem Workshop „Der Erste Weltkrieg in Ostmitteleuropa. Eine Zäsur in Transnationalisierungsprozessen?“ (26./27.9.2009) das Ziel gesetzt, sich mit der oft unhinterfragten These vom Ersten Weltkrieg als Zeitenwende aus einer transnationalen Perspektive auseinanderzusetzen.

Dieser Rahmen bot einerseits die Möglichkeit, bestehende theoretische Konzepte aus der Geschichtsschreibung an dieser Region zu überprüfen, andererseits traditionell am Nationalstaat ausgerichtete Forschungsfelder wie das der kulturellen Repräsentation, der Migration, der Territorialitätsregime und Grenzen, der Wirtschaft und internationaler Organisationen in einen transnationalen Kontext zu stellen.

In den beiden einführenden Vorträgen gaben die Leiter der Projektgruppe einen historiografischen Überblick. Matthias Middell (Leipzig) präsentierte einige neuere Konzepte zur Globalgeschichtsschreibung des „kurzen 20. Jahrhunderts“. Aus der Sicht von Charles Maier, Michael Geyer und Charles Bright war die Periode von den 1860er zu den 1970er Jahren von der Durchsetzung des nationalstaatlichen Ordnungsprinzips gekennzeichnet. Der Erste Weltkrieg erscheint hier nicht als Bruch. Einen ganz anderen Zugang eröffnen Konzepte wie Erez Manelas „Wilsonian Moment“, der den Zusammenhang zwischen dem den Pariser Friedensverhandlungen zugrunde liegenden Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker und den antikolonialen Bewegungen und Nationalisierungsbestrebungen hervorhebt. In Anlehnung an revolutionsgeschichtliche Forschungen könne, so Middell, für Ostmitteleuropa die Hypothese eines „Leninian Moment“ geprüft werden, die den Übergang von der Epoche der „bürgerlichen“ Revolutionen des 19. Jahrhunderts hin zum „Zeitalter der Epoche der peripheren Revolutionen“ um den Ersten Weltkrieg beschreibe. Weiter könne auch nach Wandel und Kontinuität der „Portale“ oder „Einfallstore“ der Globalisierung in den jeweiligen Gesellschaften gefragt werden, also nach den Bereichen von verdichteter transnationaler Interaktion und Wissenstransfer.

Frank Hadler (Leipzig) wies darauf hin, dass der Zäsurcharakter des Ersten Weltkriegs in der Geschichtsschreibung über Ostmitteleuropa zumeist aus einer nationalstaatlich argumentierenden Perspektive resultiere. Ein markanter Versuch, die Geschichte der Region in einen globalen Kontext zu stellen, stamme von Andrew C. Janos. Hier werde der Zäsurcharakter von 1918 durch die Tatsache, dass der politische Wandel auf regionaler und globaler Ebene nichts an der langfristigen globalen Position der Region änderte, stark relativiert. Die strukturellen Fakten eines wachsenden ökonomischen Gefälles zu Westeuropa sowie die Konsequenzen der „small nationhood“ und der kulturellen Teilung zwischen westlichem und östlichem Christentum seien nämlich über den Krieg hinaus konstant geblieben.

Während der Tagung kristallisierten sich drei Hauptthemen heraus. Erstens wurden der Verlauf und die Folgen des Aufeinanderprallens unterschiedlicher Weltordnungen diskutiert. Die Pariser Vorortverträge besiegelten das Ende mehrerer Imperien und verankerten das Recht auf nationale Selbstbestimmung als Grundprinzip internationaler Beziehungen – wenn auch gerade Ostmitteleuropa ein Musterbeispiel für die unterschiedliche Auslegung dieses Grundsatzes war. Der Wandel war jedoch nicht auf allen Ebenen gleich tief greifend. Nikolaus Wolf (Warwick) veranschaulichte, wie die politischen Grenzziehungen bereits existierende Binnenhandels-grenzen bzw. wirtschaftsgeografische Barrieren innerhalb der Habsburgermonarchie verfestigten. Die Divergenz ihrer Nachfolgestaaten habe sich weniger 1918 als vielmehr in der Weltwirtschaftskrise vollzogen. Die Abgrenzungs- und Neuorientierungsbestrebungen der 1930er Jahre seien nämlich zum Teil auf das Scheitern der internationalen Zusammenarbeit zurückzuführen, da während der Krise internationale Kapitalströme austrockneten, auf die die neuen Staaten stark angewiesen waren.

Im Hinblick auf die Veränderung von Territorialisierungsmustern untersuchte Steffi Franke (Leipzig) den Umbruch von 1918/19. Dank dieser Perspektive gelang es ihr, die Aushandlung der neuen territorialen und politischen Konstellationen und so die sich wandelnden Strategien, Mittel und Erfolgchancen der Territorialisierung zu veranschaulichen. Empirisch zu testen sei, so Franke, ob 1918 in Ostmitteleuropa ein neuer „Möglichkeitsraum“ für Experimente mit verschiedenen, sich überlappenden Formen der nationalen und imperialen Territorialisierung entstanden und ob dabei auf Erfahrungen anderer Regionen zurückgegriffen worden sei.

Katja Naumann (Leipzig) stellte ein Forschungsprogramm zum Wissenstransfer in der Diplomatie vor. Die nationale Interessenvertretung der Völker des multiethnischen Habsburgerreiches in internationalen Organisationen wird darin als politische Strategie zur Loslösung von imperialen Herrschaftsstrukturen und konstitutiv für den jeweiligen Nationalisierungsprozess verstanden. Internationalisierung wird also als Mittel der kleinen ostmitteleuropäischen Nationen zur politischen Emanzipation und internationalen Interessendurchsetzung interpretiert. Weiter fragte Naumann nach deren Rückwirkung sowohl auf die Transformation von Internationalismus als auch auf die Struktur internationaler Organisationen.

Bernhard H. Bayerlein (Mannheim) untersuchte die Wirkungsweise transnationaler sozialistischer Netzwerke im Ersten Weltkrieg als Pfad zur Gründung der Kommunistischen Internationale (1919). Das Zäsurjahr 1918 habe somit nicht nur dem „Wilsonian Moment“ des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ entsprochen, sondern auch die „roten“ Netzwerke und die neuen nationalen kommunistischen Parteien auf ein Projekt der sozialen und nationalen „Befreiung der Völker“ als internationalistisches Gegenstück zum Völkerbund ausgerichtet. Anhand dieses Beispiels ließe sich also der Frage nachgehen, inwieweit der Erste Weltkrieg als Katalysator für eine neue Form von Internationalisierung wirkte und wie die von den Ereignissen in Ostmitteleuropa ausgehenden Impulse wirkten.

Wie schon aus den Ausführungen von Naumann erkennbar, war das zweite zentrale Thema der Tagung die Positionierung kleiner Nationen in der internationalen Arena. In der Sektion über kulturelle Repräsentationen zeigte Sarah Lemmen (Leipzig) anhand tschechischer Reiseberichte, wie sich das tschechische nationale

Selbstverständnis schon seit den 1890ern in Auseinandersetzung mit der außereuropäischen Welt entwickelte. Die Staatsgründung der Tschechoslowakei habe einen deutlichen Wandel im Selbstverständnis nach sich gezogen, da sich die kleine tschechische Kulturnation der Habsburgermonarchie nach 1918 als mittlere Macht zu positionieren suchte. Aus den Reiseberichten lasse sich zum einen eine Phase der globalen Selbstverortung und deren konstitutiver Charakter für das nationale Selbstverständnis herauslesen, zum anderen ihre Intensivierung nach 1918, was der These von der Zwischenkriegszeit als einer Periode der De-Globalisierung widerspreche.

Anhand der Positionierungsstrategien zweier ungarischer Unternehmen veranschaulichte Mária Hidvégi (Leipzig), wie diese im Bestreben, ihre Position auf dem Weltmarkt nach 1918 zurückzuerobern, in zunehmendem Maß sowohl internationale Vereinbarungen als auch die Hilfe des ungarischen Staates in Anspruch nahmen. Ein qualitativer Wandel sei während der Weltwirtschaftskrise erfolgt: Obwohl die Unternehmen in dieser Situation verstärkt auf die Zusammenarbeit mit den angelsächsischen Ländern gesetzt hätten, hätten transnationale privatwirtschaftliche Absprachen oft auch zur Ausdehnung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses nach Ungarn bzw. auf ganz Ostmitteleuropa beigetragen.

Zu einem dritten Kernpunkt der Diskussion entwickelte sich die Rolle des Staates bei der Ermöglichung, Gestaltung und Kontrolle von transnationalen Transferprozessen. In seiner quantifizierenden Analyse der Migrationsgeschichte der Region stellte Mathias Mesenhöller (Leipzig) fest, dass das Jahr 1918 unter diesem Aspekt einen wesentlichen Einschnitt mit sich gebracht habe, weniger jedoch hinsichtlich des Umfangs der Wanderungsströme und ihrer grundsätzlichen Ausrichtung als in Bezug auf die Zielländer und die jeweilige Diaspora. Außer wirtschaftlichen Umwälzungen seien dafür vor allem die modifizierten Politiken der klassischen Einwanderungsländer sowie die Migrationspolitik der neu entstandenen Republiken verantwortlich gewesen. Mesenhöller wies darauf hin, dass der Zäsurcharakter in einer qualitativen Analyse stärker hervortrete. Dazu sei die Analyse der Assimilierungs- bzw. Anti-Assimilierungspolitiken aller beteiligter Gesellschaften, der Reaktionen der Diaspora-Organisationen sowie deren kultureller Praxen erforderlich.

Anhand der Biografie des ungarischen Philosophieprofessors Wilhelm von Szilassy veranschaulichte Zoltán Szalai (Budapest) aus einer Mikroperspektive, wie unterschiedlich die bloße Tatsache der Migration auf der individuellen Ebene wie auch seitens einer breiteren Öffentlichkeit gedeutet werden kann. In ihrem Kommentar sprach sich Barbara Lüthi (Basel) für die Einbeziehung der von Mesenhöller angesprochenen globalen Perspektive in zukünftige Analysen über die Wanderungsströme der Region sowie für die kritische Hinterfragung statistischer Darstellungen aus. In der Diskussion wurde die Bedeutung der Mikroperspektive für die Analyse von Migrationsprozessen hervorgehoben. Zudem wurden grundsätzliche Fragen wie etwa die nach dem Wesen einer Zäsur, alternativen Zäsuren bzw. unterschiedlichen Teilaspekten als Grundlage des Wandels in einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen debattiert. Die von Szalai unternommene Zeitschriftenanalyse über die Umdeutung der intellektuellen Migration mache beispielsweise deutlich, dass nicht der Krieg bzw. die Grenzziehung selbst, sondern die kurzlebige Räterepublik (1919) einen Bruch in der öffentlichen Wahrnehmung der intellektuellen Migration in Un-

garn dargestellt habe. Ähnlich wurde für die „Rote Globalisierung“ die Oktoberrevolution 1917 als Bruch herausgestellt. Mesenhöller wies weiter auf die Problematik hin, dass die Migrationsgeschichte hinsichtlich der Quantifizierung der Wanderungsströme auf die Datenerhebungen staatlicher Behörden angewiesen sei. Dies könne nämlich dazu führen, dass weniger die Geschichte der Wanderungsströme selbst als die der unterschiedlichen Kontrollmaßnahmen nachgezeichnet werde. Eine andere Art der Quellenproblematik transnationaler Geschichtsschreibung benannte Wolf, indem er auf die fehlenden oder bisher kaum zugänglichen regionalen Daten hinwies. Diese könnten Rückschlüsse auf überregionale und globale wirtschaftliche Verflechtungen jenseits nationaler wirtschaftlicher Einheiten belegen bzw. Vergleiche über die nationale Ebene hinaus zulassen.

In ihrem Schlusskommentar hob Claudia Kraft (Erfurt) hervor, dass die transnationale Perspektive sinnvoll genutzt worden sei, um den über die Region hinausgehenden Handlungs- und Wahrnehmungskontext ostmitteleuropäischer Akteure bzw. die strukturellen Bedingungen der Ereignisse zu beschreiben. In allen Vorträgen lasse sich die Vorlaufzeit für den politischen Umbruch von 1918 erkennen. Die globalgeschichtliche Forschung sollte für die Analyse von Handeln in fragilen Raumhierarchien verstärkt Beispiele aus Ostmitteleuropa heranziehen. Andererseits ließe sich durch eine transnationale Perspektive die mehrfache Relationalität der Region aufzeigen und sei dazu fähig, die oft postulierte Rückständigkeit der Region gegenüber dem transatlantischen Raum in verschiedener Hinsicht zu hinterfragen. Die Forschungsergebnisse ließen erkennen, dass die Eingliederung der Geschichte Ostmitteleuropas in globale Prozesse neue Erkenntnisse sowohl für die Region selbst als auch für transnationale bzw. globalgeschichtliche Ansätze bereithalten.